



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/263 - 12.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 76 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|---------------------------------|------|
| Frankreich und die Saar | S. 1 |
| Die Korruption in den USA | S. 3 |
| Absage an Rechtsradikalismus | S. 5 |
| Beilage: Schumacher an Adenauer | |

Diplomatische Vertreter für die Saar ?

x.-Saarbrücken, 13. November

Seit Januar dieses Jahres - dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der mit Frankreich abgeschlossenen Saar-Konventionen - wird in politischen Kreisen Frankreichs und an der Saar die Frage der diplomatischen Vertretungen für den Saarstaat diskutiert. Durch die Tatsache, daß die französische Nationalversammlung die allgemeine Konvention nicht ratifizierte, um damit - wie man sagte - eine schnelle und reibungslose Anpassung an veränderte Verhältnisse zu ermöglichen, besteht zwar immer noch das Hohe Kommissariat Frankreichs an der Saar. Dafür zahlte der Saarstaat im Jahre 1951 aus ordentlichen Haushaltsmitteln 2,2 Mrd. frs, was 7,5 Prozent des Gesamthaushaltes ausmacht. Mit diesen Mitteln werden immer noch etwa 800 französische Angestellte bezahlt, deren Aufgaben, die Überwachung und Kontrolle der Gesetzgebung an der Saar, längst entfallen sein müßten.

Die Entwicklung der letzten Zeit bestätigt jedoch, daß man nun ernsthaft daran denkt, eine - wenn auch nur scheinbare - Änderung eintreten zu lassen. In der Saar-Ufer-Straße in Saarbrücken wird mit 800 Mio. frs, die indirekt ebenfalls der Steuerzahler an der Saar aufzubringen hat, eine französische Botschaft gebaut. Der Saarstaat hingegen kaufte für seine Vertretung in Paris ein Botschaftsgebäude zum Preis von 40 Mio. Französischer Franken.

Der französische Staatsangehörige Emil Straus, der zugleich die saarländische Staatsangehörigkeit besitzt und Kultusminister im ersten Kabinett Hoffmann war, soll den Botschafterposten des Saarlandes in Paris einnehmen. Dazu hat er - wie glaubwürdig versichert wurde - bereits das Agrément der französischen Regierung erhalten. Das französische Außenministerium hingegen zögert immer noch mit der Ernennung Grandvals oder eines anderen Vertreters zum Botschafter oder Gesandten an der Saar. Man ist sich darüber im klaren, daß es ein Novum in der Geschichte darstellen würde, in ein Gebiet, das völkerrechtlich zu Deutschland gehört und nur de facto und vorläufig von Deutschland getrennt wurde, einen diplomatischen Vertreter zu entsenden, der zudem so entscheidende Vollmachten haben soll, wie sie Grandval heute aufgrund der Präambel der Saarverfassung, der Konventionen und verschiedener französischer Dekrete ausübt. Diese Vollmachten will Frankreich nicht aufgeben, denn sonst hätten der Wirtschaftsanschluß der Saar und ihre Loslösung von Deutschland ihre Bedeutung für Frankreichs Wirtschaft und Politik verloren. Man weiß in Paris sehr gut, daß im Saargebiet, wenn man es ohne französische Kontrolle sich selbst überläßt, unter seiner deutschen Bevölkerung alsbald der starke Wille zur Einbeziehung in die Bundesrepublik das bestimmende Element werden würde. Deshalb steht man auf Seiten Frankreichs vor dem schweren Dilemma, nichts an Kontrollbefugnissen der Besatzungszeit aufgeben und andererseits doch den Eindruck erwecken zu wollen, als werde die Eigenstaatlichkeit der Saar von Frankreich erwünscht und gefördert.

Die Kreise um den Saar-Ministerpräsidenten Hoffmann, die jetzt oft von der Saar als von dem zweiten Luxemburg sprechen, drängen jedoch immer stärker auf Änderung des bisherigen Verhältnisses der absoluten Bevormundung durch Grandval und sie scheinen bei verschiedenen französischen Senatoren und auch bei Außenminister Schuman Gehör zu finden. Deshalb darf man annehmen, daß in der nächsten Zeit - jedenfalls aber vor den im Herbst 1952 fälligen Landtagswahlen an der Saar - alles unternommen wird, um eine scheinbare Souveränität der Saar-Regierung zu konstruieren. Man spricht sogar offen davon, daß man dann dieses "souveräne Saarland" so fest fundieren will, daß im Friedensvertrag nur noch die endgültige Bestätigung für seinen Bestand erteilt werden kann.

Diese Entwicklung, die die deutsch denkenden Kreise an der Saar mit Besorgnis erfüllt, sollte die Bundesregierung endlich dazu veranlassen, sich einzuschalten und ihre stillschweigende Hinnahme der französischen Aktivität an der Saar zu beenden.

Es kracht im Gebälke in Washington

H.St.-Washington, im November

In dem merkwürdigen Zweiparteiensystem der Vereinigten Staaten, in dem es so unerhört schwer fällt, die beiden großen Parteien klar und säuberlich nach weltanschaulichen Prinzipien voneinander zu scheiden, in diesem System ist die Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit für "frische Luft" zu sorgen, besonders auffällig. Die Demokratische Partei hat seit 20 Jahren sämtliche entscheidenden Wahlkämpfe gewonnen und seit ebenso langer Zeit allein und ohne Unterbrechung regiert - ein für Amerika unerhörter Vorgang. Sie hat in dieser langen Zeit ihre Wähler nicht enttäuscht; sie hat sich ihres Mandates sorgsam entledigt, hat in ihrer Amtsführung nicht versagt und im großen ganzen, unter Roosevelt wie unter Truman, den Wohlstand des Volkes im Innern gemehrt und Amerikas Stellung in der Welt gefestigt. Trotz hunderterlei Bedenken, die in Einzelheiten angebracht sein mögen, ist diese Generalfeststellung wohl angebracht.

Aber auch die Demokratische Partei konnte sich nicht gegen jene politisch-menschliche Normalerscheinung schützen, daß allzu langer Machtbesitz eine gewisse Laxheit in den moralischen Maßstäben veranlaßt. Sie hat sogar bemerkenswert lange standgehalten; erst in allerjüngster Zeit hat der Fäulnisbazillus der "Freundschaftsdienste", der Begünstigungen, der Vetternwirtschaft, des Fischens in den trüben Wassern öffentlicher Gelder, des Zuschanzens von Staatsaufträgen an "gute Bekannte", die Regierungsmaschinerie angefressen. Die Versuchung ist, zugestandenerweise, riesengroß: Denn seit den dreißiger Jahren ist ja in Amerika der Staat der größte Arbeitgeber des Landes: Er hat zahllose eigene Betriebe und führt zahllose Aufgaben in eigener Regie durch, er speist die Rüstungsindustrie, die Landwirtschaft, das Baugewerbe, die Elektroindustrie mit seinen Aufträgen, er teilt Kredite für ausbaufähige Privatbetriebe aus und kauft in riesigen, immer steigenden Mengen Wirtschaftsprodukte auf, die er dann, z.B. durch den Marshall-Plan oder die Auslands-Rüstungshilfe, ihren eigentlichen Bestimmungen zuführt.

Kein Wunder, unter solchen Umständen, daß Geschäftsleute und Industrielle in den Vorzimmern Washingtoner Beamter Schlange stehen, daß sie Zugang zu den "richtigen" Leuten suchen, die ihnen Aufträge oder Kredite verschaffen können - und daß dabei gute "Beziehungen", kleine Geschenke, luxuriöse Dinners und offene Schmiergelder schließlich und endlich anfangen, eine Rolle zu spielen.

In der Aera Roosevelt gab es das nicht. Roosevelt und seine Mitarbeiter waren von einem geradezu fanatischen Sauberkeitsswahn besessen; trotz der Milliardenaufträge für öffentliche Arbeiten und später für die Rüstungsindustrie konnte auch von Roosevelts schärfsten Kritikern nicht ein einziger Fall von Bestechung und Unredlichkeit entdeckt werden. Auch die Regierung Truman ist, im Grunde, einwandfrei: Der Präsident ist von vorbildlicher Integrität, und wenn er eines Tages die Augen schließt, wird er seiner Familie kein großes Vermögen hinterlassen - und ebenso steht es bei der "ersten Garnitur" seiner Assistenten und Staatssekretäre. Aber in den mittleren Reihen ist es letzthin böse geworden, bei den Direktoren lokaler Finanzämter, bei den Einkaufsmissionen mittlerer Staatsämter, auch bei Intendanten örtlicher Garnisonen und Flottendepots.

Auch um dieser "Moralkrise" zu begegnen, wünschen viele einen republikanischen Wahlsieg bei den nächsten Präsidentenwahlen, wobei sie übersehen, daß aller Voraussicht nach eine republikanische Regierung nach noch kürzerer Zeit, als das bei den Demokraten der Fall war, dem gleichen Fäulnisbazillus ausgesetzt sein würde. Und außerdem muß anerkannt werden, daß Präsident Truman entschlossen handelt, wenn er von Schmutz im eigenen Hause hört: Eine Menge schuldig gewordener Beamter sind letzthin suspendiert worden, den ihm persönlich nahestehenden demokratischen Parteivorsitzenden Boyle hat er zur Demission gezwungen (während der republikanische Parteivorsitzende Gabrielson, der auch seinen politischen Einfluß zu geschäftlichen Zwecken mißbrauchte, nach wie vor im Amte ist).

Es hat darum wenig Sinn, mit erhobenem Zeigefinger von der "korrupten amerikanischen Politik" zu sprechen und, über so viel Sünde entrüstet, mit Stamtisch-Pathos den Kopf zu schütteln. Man muß vielmehr die Versuchungen erkennen, die ein 60 Milliarden-Dollar-Haushalt für jedes menschliche Wesen nun einmal mit sich bringt, man muß den Willen zur Säuberung beachten, der alle entscheidenden Persönlichkeiten des Landes beseelt - und man muß zugeben, daß die amerikanische Verfassung eine Reihe altbewährter Methoden besitzt, um in regelmäßigen Abständen allerlei Schlacke, die sich im Regierungsapparat ansammelt, zu beseitigen.

W o l f s b u r g

(sp) Die Volkswagenstadt Wolfsburg, unrühmlich als erste Stadt des Bundesgebietes bekannt, die 1948, drei Jahre nach dem verlorenen Krieg eine ausgesprochen neo-faschistische Partei, (die DRP) mit Mehrheit ins Stadtparlament entsandte, machte am letzten Sonntag wieder gut, was politische Unvernunft und falsch geleitete Empörung angerichtet hatten. Bei der ein Jahr später erfolgten Neuwahl hatte die Deutsche Partei des Herrn Hellwege das Erbe der inzwischen aufgelösten DRP angetreten. Schon damals gelang es der DP trotz über-nationalistischer Phrasen und Schaumschlägerei nicht, alle enttäuschten Anhänger der DRP aufzufangen. Immerhin zog sie mit zwölf Mandaten und 12000 Stimmen als stärkste Partei in das Stadtparlament von Wolfsburg ein. Die Abbröckelung des rechtsradikalen Lagers, die sich 1949 anzeigte, gestaltete sich bei den letzten Wahlen zur Katastrophe.

Die Neuwahl war aus Anlaß der Erklärung Wolfsburgs zur kreisfreien Stadt notwendig geworden. Das neue Stadtparlament setzt sich zum Unterschied vom alten, das aus 25 Mitgliedern bestand, jetzt aus 29 Mitgliedern zusammen. Davon erhielt die DP insgesamt zwei Mandate, sie verlor zehn und sackte mit 2.500 von rund 17000 abgegebenen Stimmen auf die fünfte Stelle ab. Die Sozialistische Reichspartei des Herrn Dorls, die alle Kräfte daransetzte, um ein 1948 zu wiederholen, bekam 4.300 Stimmen. Wer sich einmal verbrannte, der sehnt das Feuer. Ob DP oder SRP - die Wähler von Wolfsburg wollten nicht noch einmal die Betrogenen sein. Sie sandten als stärkste Fraktion die SPD ins Stadtparlament, die mit elf von 29 Mandaten und rund 9.400 Stimmen fast 40 Prozent aller Sitze und Stimmen erhielt. Die politische Vernunft setzte sich durch.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dann wurde er am letzten Sonntag in Wolfsburg gegeben: Auf die Dauer trägt die positive Arbeit den Sieg über Radikalismus jeder Art davon. Unter der Initiative der sozialdemokratischen Stadtvertreter im alten Stadtparlament wurden hunderte von Häusern gebaut, tausende Flüchtlingsfamilien fanden menschenwürdige Unterkünfte und der Schande elender Barackenlager wurde tatkräftig zu Leibe gegangen. Der Rechtsradikalismus - und der Kommunismus - sind zu schlagen, wenn man ihnen den Nährboden sozialen Elends entzieht, auf dem sie gedeihen und ihr verwerfliches Spiel mit den Menschen treiben. Es kann keine größere nationale Aufgabe geben, als die Enttäuschten, die Entwurzelten und alle Kriegsveteranen wieder gleichberechtigt in das Volksgefüge einzureihen. Der SPD in Wolfsburg ist es gelungen. Der Fleck, der dem Namen dieser aus dem Boden gestampften Stadt anhaftete, wurde damit getilgt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

12. Nov. 51

Brif Dr. Schumachers an den Herrn Bundeskanzler

Bonn, am 9. November
Bundeshaus

An den

Herrn Bundeskanzler

D. Konrad A d e n a u e r

Jo n n a m Rhein

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

zurzeit sind die Vertreter der Regierungen der vier Besatzungsmächte in Paris versammelt. Auf der Tagesordnung der Vollversammlung der UN steht auch die deutsche Frage.

Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit auf Fragen zu lenken, die nach allgemeiner Anschauung von entscheidender Bedeutung für unser Volk sind.

Das Ziel jeder auf die Einheit Deutschlands gerichteten Politik ist, die Demokratie in allen vier Zonen und Berlin durchzusetzen und zu sichern. Dieses Ziel fordert die Initiative der deutschen Demokratie sowohl gegenüber den Alliierten wie bei der Errichtung des neuen deutschen Staatswesens. Die Verwirklichung der Demokratie entmachtet den östlichen Totalitarismus und seinen Herrschaftsapparat.

Diese Initiative haben der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung in den Bundestagsbeschlüssen und Regierungserklärungen vom 9. März und 27. September und den Noten der Bundesregierung vom 9. März und 4. Oktober 1951 gezeigt.

Am 9. März d.J. haben Sie, Herr Bundeskanzler, vor dem Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben, in der Sie die Bedeutung der deutschen Einheit für den Frieden und für die europäische Ordnung betonten. Sie haben dabei unterstrichen, dass lebenswichtige Interessen des deutschen Volkes von keiner Konferenz ohne Zustimmung unseres Volkes entschieden werden können.

In seiner Entschliessung vom 9. März hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, den vier Besatzungsmächten zugleich im Namen derjenigen Deutschen, denen bis jetzt das Recht der freien Wahl versagt ist, als dringendes Ersuchen zu unterbreiten:

- 1) Die Viermächte-Konferenz möge die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sobald wie möglich freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland durchgeführt werden können.

- 2) Die Durchführung dieser Wahlen unter gleichen Bedingungen in allen Zonen setzt voraus, dass durch internationale Sicherheitsmassnahmen vor, während und nach den Wahlen die volle persönliche und staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit für alle Personen und politischen Parteien rechtlich und tatsächlich gewährleistet wird.
- 3) Das aus solchen Wahlen hervorgegangene Parlament hat als echte Volksvertretung allein die Vollmachten einer verfassung- und gesetzgebenden Versammlung. Es ist allein befugt, eine Regierung zu bilden und zu kontrollieren.
- 4) Die so gebildete Regierungsgewalt muss durch geeignete Vorkehrungen gegen unbefugte und rechtswidrige Eingriffe wirksam geschützt werden."

Dieser Beschluss des Deutschen Bundestages ist gegen die wenigen Stimmen der Kommunisten und vereinzelter Rechtsradikaler angenommen worden. Die daraufhin von der Bundesregierung an die Alliierten Hohen Kommissare abgesandte Note hat diese deutsche Position gegenüber den vier Besatzungsmächten eindeutig festgelegt.

Die Beschlüsse des Bundestages und die Erklärung der Bundesregierung vom 27. September sind folgerichtig auf dem Boden der Grundsätze des 9. März aufgebaut. Damit war das Gesetz des politischen Handelns für die deutsche Einheit in die Hand der deutschen Demokratie gegeben und die kommunistische Zersetzungstaktik unwirksam gemacht. Der Vorschlag, durch freie Wahlen in allen Sektoren Berlins unverzüglich mit der Verwirklichung der deutschen Einheit zu beginnen, bildet zusammen mit den Grundzügen einer Wahlordnung, die in 14 Punkten in Ihrer Regierungserklärung dargelegt wurde, die entscheidend wichtige Initiative der deutschen Demokratie. Die Note der Bundesregierung an die Alliierte Hohe Kommission vom 4. Oktober stellt die konkrete Auswirkung dieser Initiative dar.

Im Gegensatz dazu ist allerdings für die Durchführung freier Wahlen in ganz Berlin durch die Bundesregierung bisher nichts unternommen worden. Eine Initiative wäre hier für die Sache der deutschen Einheit von unschätzbbarer Bedeutung.

Mit ernster Besorgnis muss ich Sie, Herr Bundeskanzler, darauf hinweisen, dass der vom 9. März bis 4. Oktober beschrittene Weg seitdem verlassen worden ist. Das ist nicht nur in Äusserungen einzelner Politiker oder Zeitungen geschehen, sondern auch in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 17. Oktober durch Redner von Regierungsparteien, ohne dass die Bundesregierung dagegen Einspruch erhoben hätte.

Statt dessen haben Sie leider die ursprünglich von Ihnen selbst verkündeten Grundsätze verlassen und am 1. November im "Bulletin des Presse- und Informationsamtes" den Entwurf einer Wahlordnung veröffentlichen lassen, die "zuerst dem Bundesrat und dann dem Bundestag zur Billigung zugeleitet" werden sollte.

Ihr auf Beschlüsse des Bundestages gegründeter Standpunkt ist in seinen entscheidenden Grundsätzen ohne Befragung des Bundestages und ohne vorherige Verständigung der an den Entscheidungen vom 9. März und 27. September beteiligten Faktoren aufgegeben worden, Sie haben damit die Plattform der Einigkeit der demokratischen Parteien Deutschlands verlassen.

Die Artikel 4 und 5 des neuen Entwurfs sind eindeutig das Gegenteil des Standpunktes, der bisher von allen Beteiligten gegenüber den Aufgaben einer kommenden Nationalversammlung eingenommen wurde. (Auch andere Artikel des Entwurfs erregen unsere schwersten Bedenken). Das Verfassungswerk von der Zustimmung eines Länderausschusses abhängig zu machen, würde die Souveränität des deutschen Volkes grundlegend beeinträchtigen. Die Staatsgewalt geht unteilbar vom Volke aus.

Versuche, die Nationalversammlung an Auflagen zu binden, würden entsprechende Versuche der anderen Seite hervorrufen. Die unbestrittene Vorläufigkeit der staatlichen Ordnung eines Teiles Deutschlands kann nicht die Voraussetzungen und den endgültigen Inhalt des ganzen Deutschland bestimmen.

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass deutsche Versuche, Auflagen zu machen, einen Anreiz für die Alliierten bilden könnten, ihrerseits mit Auflagen aufzuwarten. Die Erinnerung an die Londoner Dokumente I - III, insbesondere I, zeigt, wie gefährlich das für die deutschen Notwendigkeiten werden könnte.

Das Wesen und der Wert der Nationalversammlung bestehen darin, dass sie nicht nur die Verfassung gibt, sondern auch die notwendigen Gesetze erlässt, eine handlungsfähige Regierung bildet und demokratisch kontrolliert.

Ohne sofortige und aktivste Gesetzgebung kann im besonderen die soziale und wirtschaftliche Normalisierung eines geeinten Deutschland nicht erreicht werden. Die Sicherung der Währung, der Versorgung und des Arbeitsplatzes sind Aufgaben von eminent politischer Bedeutung, von deren richtiger und rechtzeitiger Lösung nicht nur die Schaffung, sondern die Festigung der deutschen Einheit abhängig sind.

Beschränkt man die Nationalversammlung darauf, nur die Verfassung zu geben, so würden die sowjetischen Staatsparteien wie SED, Ost-CDU, Ost-LDP und Nationaldemokraten vor den Folgen ihrer vernichtenden Wahlniederlage geschützt. Damit bliebe die Herrschaft des sowjetischen Machtsapparats der sogenannten DDR und seine volle Entschlussfreiheit bestehen.

Das alles würde aber die Opferung der besten und kämpferischsten Menschen in der Zone bedeuten, die im Vertrauen auf die unerschütterliche Verlässlichkeit der westlichen Demokratie den Kampf gegen ihre Unterdrücker und Peiniger bei den Wahlen zur Nationalversammlung geführt haben. Allein eine starke Zentralregierung kann diese Gefahren überwinden.

Ich bitte nicht zu übersehen, Herr Bundeskanzler, dass bei den deutsch-sowjetischen Parteien die deutsche Einheit kein Wunsch, sondern ein Angsttraum ist, die pro-sowjetischen Kräfte werden jede Halbtat oder Unklarheit auf der westlichen Seite propagandistisch auszunutzen und ihr einen Mangel an Einheitswillen vorwerfen. Sie würden es als ihre Rettung betrachten, dass eine gewählte Nationalversammlung die Konsequenzen des Sieges der Demokratie scheut und sich damit begnügt, eine Verfassung zu geben.

Eindeutigkeit, Entschiedenheit und Initiative sind allein die Mittel, mit denen die Demokratie in einem geeinten Deutschland zur vollen und ausschliesslichen Geltung gebracht werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei ersucht darum die Bundesregierung, Geist und Buchstaben der Beschlüsse des Bundestages und der Regierungserklärungen vom 9. März und 27. September wieder zur Grundlage ihrer Politik für die deutsche Einheit zu machen. Es ist die ernste Sorge um das Schicksal der deutschen Einheit in Freiheit, die mich veranlasst, diese Zeilen an Sie, Herr Bundeskanzler, zu richten.

Da mein Schreiben keinerlei Geheimnisse enthält, werde ich mir erlauben, es zu Beginn der nächsten Woche der Öffentlichkeit zu übergeben.

Im Interesse der Sache wäre ich Ihnen für eine baldige schriftliche Antwort dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener

(Schumacher)

Bemerkungen:

Der Bundeskanzler hat auf diesen Brief am 10. November geantwortet. Dr. Schumacher hat ihm darauf am 12. November mitgeteilt, dass der Inhalt des Antwortbriefes die sozialdemokratischen Einwände und Besorgnisse nicht entkräftet hat.

Antwort Dr. Schumachers auf den Brief des
Bundeskanzlers vom 10. November 1951

Bonn, am 12. November 1951

An den
Herrn Bundeskanzler
Dr. Konrad Adenauer

Bonn am Rhein

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Sie hatten die Freundlichkeit, mit Ihrem Brief vom 10.11. auf mein Schreiben vom 9.11. zu antworten.

Zu meinem Bedauern sind jedoch Ihre Ausführungen nicht geeignet, die sozialdemokratischen Einwände und Besorgnisse zu entkräften.

Zunächst und vor allem möchte ich Sie, Herr Bundeskanzler, aber daran erinnern, dass die Initiative für die deutsche Einheits stets vom Bundestag auf Grund von Anträgen der Sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen ist. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an meine an Sie gerichteten Briefe vom 20. Juli 1950 und vom 31. Januar 1951.

Die Tatsache und der Inhalt der sozialdemokratischen Einwände gegen den von Ihnen, Herr Bundeskanzler, neuerdings beschrittenen Weg sind der deutschen Öffentlichkeit schon vor meiner Pressekonferenz vom 9.11. bekannt gewesen und vom Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion in der Sitzung des Bundestages vom 17. Oktober bereits geäußert worden. Lediglich der Umstand, daß ich Ihnen diese Bedenken brieflich mitteilen würde, war der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt.

Sie versuchen, Ihren Standpunkt durch den wiederholten Hinweis auf das Grundgesetz zu begründen. Bei den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates aber haben Sie, Herr Bundeskanzler, wie auch die Parteien Ihrer Regierung den nur provisorischen Charakter des Grundgesetzes genauso wie die Sozialdemokratische Partei stets anerkannt.

Ich vermag Ihrer Auslegung des Artikels 5 des Entwurfs einer Wahlordnung nicht zu folgen. Der Katalog der demokratischen Freiheiten ist unvollständig und trägt nicht nur den Charakter von Auflagen, sondern bedeutet auch eine Beschränkung der Aufgaben.

Eine Auflage ist darin zu sehen, dass durch Artikel 5, Ziffer 7 versucht wird, von vornherein der Nationalversammlung die eigene Entscheidung über Art und Maß der bundesstaatlichen Gliederung des ganzen Deutschland zu nehmen. Darüber hinaus bedeutet Artikel 5 eine Vorentscheidung, die sogar die deutsche Wiedervereinigung überhaupt davon abhängig machen will, dass sich die Nationalversammlung für ihr Verfahren und für die von ihr zu schaffende Verfassung vorweg nur einer einzigen Möglichkeit des föderativen Prinzips unterwirft, statt ihr selbst die Anwendung und praktische Ausgestaltung dieses Prinzips zu überlassen. Darin kommt ein dogmatischer Föderalismus zum Ausdruck, der auf Kosten der Souveränität des deutschen Volkes eine Parteilansicht privilegiert.

Der Artikel 5 lässt auch nicht klar erkennen, dass die Nationalversammlung zuständig sein muss, sofort eine Regierung für ganz Deutschland zu berufen. Jedemfalls verweigert er dieser deutschen Regierung die Vollmachten, die sie unbedingt braucht, um den Kommunismus zu entmachten. Denn im Katalog der Grundsätze des Artikels 5 fehlt die Zuständigkeit für eine deutsche Regierung, den so gefährlichen antidemokratischen Polizeiapparat der sogenannten "DDR" einschliesslich des "SD abzuschaffen.

Eine so in ihren Befugnissen eingeengte Nationalversammlung wäre auch unfähig, alsbald die Gesetze zu erlassen, die eine deutsche Regierung notwendig hat, um die durch die Wiedervereinigung entstehenden gesamtdeutschen Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art zu bewältigen. Insbesondere wären Nationalversammlung und deutsche Regierung ausserstande, die Währungsfrage zu lösen. Im Gegensatz zu Ihrem Entwurf einer Wahlordnung fördern die Bundestagsbeschlüsse die Wahl einer Nationalversammlung ungeminderten Rechts, weil allein dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden können, ohne die Deutschlands Einheit in Freiheit nicht gelingen kann.